

28. Februar 2018 | Nr.

Kern: Kultusministerin fehlen Mut und Möglichkeiten zu innovativen Wegen bei der Lehrgewinnung

Anlässlich einer Landtagsdebatte über den Unterrichtsausfall an den Schulen in Baden-Württemberg sprach der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Timm Kern**, der CDU-Kultusministerin den Mut zu innovativen Wegen bei der Gewinnung von qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern ab. Kern hierzu:

„Zwar ist die Kultusministerin durchaus bemüht, manches von der grün-roten Vorgängerregierung zerschlagene Porzellan wieder zu kitten. Aber da keine Landesregierung in der Geschichte dieses Landes den Lehrern so misstraut hat wie die grün-rote, gibt es hier eine Menge zu tun. Kultusministerin Eisenmann kann natürlich nur insoweit handeln, wie es der grüne Koalitionspartner zulässt. So bemüht sie sich auch um die Unterrichtsversorgung im Bewusstsein darum, dass dies womöglich die Schicksalsfrage ihrer Amtszeit werden wird. Ihren Maßnahmenkatalog tragen wir von Seiten der FDP-Fraktion mit. Aber wir sind der Auffassung, dass die Maßnahmen bei weitem nicht ausreichen und nicht mutig genug sind. Unerlässlich sind aus unserer Sicht Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen der Lehrer. Unter anderem die Sommerferien-Arbeitslosigkeit muss angegangen, der Fachlehrer-Beförderungsstau abgebaut und Schulleiter wie Lehrer müssen von bürokratischen Aufgaben entlastet werden. Zu all diesen Punkten hat die FDP-Fraktion Anträge eingebracht, die bislang bei Grün-Schwarz auf taube Ohren stießen. Zu den neuen, mutigen Wegen gehört aus unserer Sicht ein auskömmlich, transparent und fair berechnetes Budget für jede Schule nach folgendem Muster: 100 Prozent für den Pflichtunterricht plus X als Reserve gegen Unterrichtsausfall oder für besondere inhaltliche Schwerpunkte. Andere Bundesländer wie beispielsweise Hessen machen damit gute Erfahrungen. Wenn Schulen ihre Lehrer weitgehend selber auswählen könnten und die Mittel für eine eigene Personalentwicklung erhielten, könnten sie Bewerbern entsprechend attraktive Angebote machen. Und schließlich brauchen wir statt eines ‚grün-schwarzen Schulkonsens‘ auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner einen echten Schulfrieden in unserem Land.“